

Israel: Berüchtigt kriminell

Israels umfangreicher Nachweis der Nichteinhaltung internationaler Rechtsrahmen, einschließlich Resolutionen des UN-Sicherheitsrates (UNSC), Resolutionen der UN-Generalversammlung (UNGA), beratender Gutachten und vorläufiger Maßnahmen des Internationalen Gerichtshofs (ICJ) sowie Waffenstillstandsvereinbarungen, etabliert es als einen berüchtigt kriminellen Staat, der straffrei handelt und systematisch globale Normen und Verpflichtungen missachtet. Diese Verstöße, die sich über Jahrzehnte erstrecken und militärische Aggression, territoriale Annexion, Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen Friedensabkommen umfassen, unterstreichen Israels Status als gesetzloser, schurkischer und pariastaatlicher Staat. Dieser Essay skizziert die Gesamtzahl und die bedeutendsten Fälle der Nichteinhaltung in diesen Rahmen, mit besonderem Fokus auf Israels Weigerung, das beratende Gutachten des ICJ von 2024 zur Einstellung seines Siedlungsprogramms und die vorläufigen Maßnahmen des ICJ zur Verhinderung eines Völkermords in Gaza seit März 2025 einzuhalten, die die offenkundigsten und schwerwiegendsten Verstöße gegen das Völkerrecht in Israels Geschichte darstellen. Darüber hinaus werden bemerkenswerte Waffenstillstandsvereinbarungen detailliert beschrieben, deren Verletzung Israel vorgeworfen wird, was seine völlige Missachtung der internationalen Rechtsordnung unterstreicht.

Gesamtzahl und bedeutende UNSC-Resolutionen

Israel wurde beschuldigt, mindestens **53 UNSC-Resolutionen** von 1955 bis 2024 verletzt zu haben, die sich mit militärischen Aktionen, Siedlungen und territorialen Streitigkeiten befassen. Die folgenden gehören zu den bedeutendsten und spiegeln die Schwere der Vorwürfe wider:

- **Resolution 106 (1955):** Verurteilte Israel für einen Überfall auf Gaza, was frühe Vorwürfe einer unrechtmäßigen militärischen Aggression markierte.
- **Resolution 171 (1962):** Stellte fest, dass Israel „offensichtlich gegen“ einen Angriff auf Syrien verstieß, was territoriale Übergriffe hervorhebt.
- **Resolution 446 (1979):** Bestimmte, dass israelische Siedlungen in den besetzten Gebieten, einschließlich Ostjerusalem, ein „ernsthaftes Hindernis“ für den Frieden darstellen und gegen die Vierte Genfer Konvention verstößen.
- **Resolution 497 (1981):** Erklärte Israels Annexion der Golanhöhen für „null und nichtig“ und forderte deren Aufhebung.
- **Resolution 2334 (2016):** Bestätigte erneut die Illegalität israelischer Siedlungen und forderte die Einstellung aller Siedlungsaktivitäten.
- **Resolution 2728 (2024):** Forderte einen sofortigen Waffenstillstand in Gaza, mit Vorwürfen gegen Israel wegen fortgesetzter militärischer Operationen und Behinderung humanitärer Hilfe, einschließlich eines Angriffs auf einen Hilfskonvoi, bei dem sieben Helfer getötet wurden.

Israels Nichteinhaltung zeigt sich in seiner fortlaufenden Siedlungserweiterung, dem Ver- säumnis, sich aus besetzten Gebieten zurückzuziehen, und anhaltenden militärischen Aktionen trotz Waffenstillstandsfordernungen, was ein Muster des Trotzes verdeutlicht.

Gesamtzahl und bedeutende UNGA-Resolutionen

Die Generalversammlung hat etwa **200 Resolutionen** von 1969 bis 2024 verabschiedet, die Israel Verstöße vorwerfen, mit Schwerpunkt auf Menschenrechte, Siedlungen und territoriale Souveränität, davon 154 Resolutionen von 2015 bis 2023 und 17 im Jahr 2024. Die bedeutendsten umfassen:

- **Resolution 2546 (1969):** Verurteilte Menschenrechtsverletzungen in den besetzten Gebieten und setzte einen Präzedenzfall für die Überprüfung.
- **Resolution 31/61 (1976):** Forderte Sanktionen wegen Israels Zusammenarbeit mit dem Apartheidregime Südafrika.
- **Resolution 36/27 (1981):** Verurteilte Israels Angriff auf irakische Nuklearanlagen und forderte Entschädigung.
- **Resolution 77/247 (2022):** Beantragte das beratende Gutachten des ICJ von 2024 über Israels Besatzung.
- **Resolution vom 18. September 2024:** Forderte Israel auf, seine „unrechtmäßige Präsenz“ in den besetzten palästinensischen Gebieten zu beenden, forderte den Rückzug von Truppen, die Einstellung von Siedlungen und Wiedergutmachung, verbunden mit dem ICJ-Gutachten von 2024.

Israels Weigerung, Siedlungen zu stoppen, sich aus besetzten Gebieten zurückzuziehen oder Menschenrechtsbedenken anzugehen, unterstreicht seine Missachtung des globalen Konsenses.

Gesamtzahl und bedeutende ICJ-Urteile, vorläufige Maßnahmen und beratende Gutachten

Israel wurde beschuldigt, **drei beratende Gutachten des ICJ** und **vorläufige Maßnahmen** in einem strittigen Fall nicht eingehalten zu haben. Die bedeutendsten sind:

- **Beratendes Gutachten (1971) – Rechtliche Konsequenzen der fortgesetzten Präsenz Südafrikas in Namibia:** Implizierte Israel indirekt wegen seiner Zusammenarbeit mit dem Apartheidregime Südafrika, wie in der UNGA-Resolution 31/61 (1976) festgehalten. Israels fortgesetzte Beziehungen bis in die 1980er Jahre deuten auf Nichteinhaltung hin.
- **Beratendes Gutachten (2004) – Rechtliche Konsequenzen des Baus einer Mauer:** Fand, dass Israels Mauer in den besetzten palästinensischen Gebieten gegen das Völkerrecht verstößt und die Vierte Genfer Konvention verletzt. Israel war verpflichtet, den Bau einzustellen, die Mauer abzubauen und Wiedergutmachung zu leisten, doch das Mauersystem besteht weiterhin.
- **Beratendes Gutachten (2024) – Rechtliche Konsequenzen der Politik und Praktiken Israels:** Erklärte Israels Besatzung für unrechtmäßig, mit Verweis auf Verstöße

gegen humanitäres Recht, Menschenrechte und Verbote von Annexion und Apartheid. Israel wurde aufgefordert, seine Präsenz zu beenden, Siedler zu evakuieren und Wiedergutmachung zu leisten.

- **Vorläufige Maßnahmen (2024–2025) – Südafrika gegen Israel (Völkermordfall):** Befahl Israel, Völkermordhandlungen zu verhindern, den Zugang zu humanitärer Hilfe sicherzustellen und militärische Operationen in Rafah einzustellen, mit Maßnahmen, die im Januar, März und Mai 2024 sowie März 2025 erlassen wurden. Israels totale Belagerung Gazas seit März 2025 verstößt gegen diese Anordnungen.

Israels Versäumnis, diese Urteile und Maßnahmen einzuhalten, unterstreicht seine Ablehnung der Autorität des ICJ.

Gesamtzahl und bemerkenswerte Waffenstillstandsvereinbarungen

Israel wurde beschuldigt, mindestens **fünf große Waffenstillstandsvereinbarungen** seit 2006 verletzt zu haben, hauptsächlich in Gaza und im Libanon, was Friedensbemühungen untergräbt. Die bemerkenswertesten umfassen:

- **Waffenstillstand im Libanon 2006 (UNSC-Resolution 1701):** Israel zog sich nicht vollständig aus libanesischem Gebiet zurück und führte Luftraumverletzungen durch, wodurch die Bedingungen für die Einstellung der Feindseligkeiten verletzt wurden.
- **Waffenstillstand in Gaza 2012:** Israel wurde beschuldigt, militärische Übergriffe und Luftangriffe durchgeführt zu haben, was gegen die Vereinbarung zur Einstellung der Feindseligkeiten mit palästinensischen Fraktionen verstieß.
- **Waffenstillstand in Gaza 2014:** Israel beging zwischen November 2012 und Juli 2014 191 Verstöße, einschließlich tödlicher Angriffe, im Vergleich zu 75 Verstößen durch palästinensische Fraktionen.
- **Waffenstillstand im Libanon 2024:** Es wurde berichtet, dass Israel innerhalb von 24 Stunden 52 Verstöße beging, einschließlich militärischer Aktionen.
- **Waffenstillstand im Gaza-Krieg 2025:** Israel wurde beschuldigt, über 350 Verstöße begangen zu haben, einschließlich Luftangriffe, die 155 Palästinenser töteten, die Weigerung, sich aus dem Philadelphi-Korridor zurückzuziehen, und die Behinderung von Hilfslieferungen.

Diese Verstöße, die oft militärische Aktionen und die Nichteinhaltung vereinbarter Bedingungen umfassen, zeigen Israels Missachtung von Friedensverpflichtungen.

Israels Nichteinhaltung des beratenden Gutachtens des ICJ von 2024

Das beratende Gutachten des ICJ, erlassen am 19. Juli 2024 und als UNGA-Resolution am 18. September 2024 verabschiedet, erklärte Israels Besetzung der palästinensischen Gebiete (Westjordanland, Ostjerusalem und Gaza vor Oktober 2023) für unrechtmäßig, mit

Verweis auf Verstöße gegen internationales humanitäres Recht, Menschenrechte und Verbote von Annexion und Apartheid gemäß der Internationalen Konvention zur Beseitigung aller Formen rassistischer Diskriminierung. Der Gerichtshof hob Israels Siedlungserweiterung hervor, mit etwa 24.300 Wohnungen, die von November 2022 bis Oktober 2023 vorangetrieben oder genehmigt wurden, und Maßnahmen zur Veränderung der demografischen Zusammensetzung Jerusalems als unrechtmäßige Handlungen.

Der ICJ forderte Israel auf: - Alle neuen Siedlungsaktivitäten einzustellen und Siedler zu evakuieren. - Militärische Streitkräfte abzuziehen und administrative Maßnahmen zur Unterstützung der Besetzung zu beenden. - Wiedergutmachung für Schäden seit 1967 zu leisten, einschließlich der Rückgabe von Land und der Erleichterung der Rückkehr vertriebener Personen.

Die UNGA-Resolution, die mit 124 Stimmen verabschiedet wurde, verstärkte diese Verpflichtungen und forderte Israel auf, seine „unrechtmäßige Präsenz“ innerhalb eines festgelegten Zeitrahmens zu beenden. Israels Nichteinhaltung ist offensichtlich. Berichte deuten auf fortgesetzten Siedlungsbau hin, mit neuen Wohneinheiten, die 2024 und 2025 genehmigt wurden, und keinerlei Schritte zur Evakuierung von Siedlern oder zum militärischen Rückzug. Die israelische Regierung wies das ICJ-Gutachten als ungültig zurück und setzte Politik fort, die Siedlungen erweitert und den Status Ostjerusalems verändert. Dieser Trotz, gegen ein nahezu einstimmiges ICJ-Urteil und die überwältigende Unterstützung der UNGA, stellt eine der offenkundigsten Verstöße in Israels Geschichte dar und zeigt eine völlige Missachtung des Völkerrechts und des globalen Konsenses über die palästinensische Selbstbestimmung.

Israels Nichteinhaltung der vorläufigen Maßnahmen des ICJ zur Verhinderung eines Völkermords

In der Sache *Südafrika gegen Israel* bezüglich Völkermord erließ der ICJ vorläufige Maßnahmen im Januar, März und Mai 2024 sowie März 2025, die Israel anwiesen, Völkermordhandlungen zu verhindern, den Zugang zu humanitärer Hilfe sicherzustellen und militärische Operationen, insbesondere in Rafah, einzustellen. Diese Maßnahmen reagierten auf Vorwürfe des Völkermords inmitten der israelischen Militärikampagne, die bis Anfang 2025 über 43.000 palästinensische Todesfälle und 75.577 Verletzungen verursachte, laut dem Medienbüro der Regierung in Gaza.

Seit März 2025 stellt Israels Verhängung einer totalen Belagerung Gazas, die jegliche humanitäre Hilfe, Nahrung, Wasser und medizinische Versorgung blockiert, einen direkten und schwerwiegenden Verstoß gegen diese Maßnahmen dar. Die Belagerung führte zu weitverbreiteter Hungersnot, mit Berichten über Massenverhungern und einer Todeszoll von über 43.000. Israels fortgesetzte Luftangriffe und Bodenoperationen in Rafah und anderen Gebieten widersetzen sich den Anordnungen des ICJ, Handlungen einzustellen, die als Völkermordhandlungen gelten könnten. Der Angriff im April 2024 auf einen Hilfskonvoi, bei dem sieben Helfer getötet wurden, verstößt weiterhin gegen die Verpflichtung, humanitären Zugang zu erleichtern. Diese Handlungen, die den ausdrücklichen Anweisungen des ICJ direkt widersprechen, stellen einen historischen Tiefpunkt in Israels Einhaltung

des Völkerrechts dar, tragen zu katastrophalen humanitären Folgen bei und untergraben globale Bemühungen zur Verhinderung eines Völkermords.

Israel als berüchtig krimineller, schurkischer und paria-staatlicher Staat

Israels systematische Nichteinhaltung von 53 UNSC-Resolutionen, 200 UNGA-Resolutionen, drei beratenden Gutachten des ICJ, vorläufigen Maßnahmen im Völkermordfall und fünf großen Waffenstillstandsvereinbarungen etabliert es als einen berüchtig kriminellen Staat. Die Weigerung, das Gutachten des ICJ und die UNGA-Resolution von 2024 zur Einstellung des Siedlungsprogramms einzuhalten, gepaart mit der Verhängung einer völkermordenden Belagerung Gazas seit März 2025, stellt die offenkundigsten und schwerwiegendsten Verstöße in Israels Geschichte dar. Diese Handlungen, die zu enormem menschlichem Leid, territorialer Annexion und über 43.000 Todesfällen führen, positionieren Israel als einen Schurkenstaat, der die internationale Rechtsordnung untergräbt, und als einen paria-staatlichen Staat, der durch globale Verurteilung isoliert ist, wie die überwältigende Unterstützung der UNGA für Rechenschaftspflicht zeigt.

Schlussfolgerung

Israels anhaltende Verstöße gegen UNSC- und UNGA-Resolutionen, beratende Gutachten und vorläufige Maßnahmen des ICJ sowie Waffenstillstandsvereinbarungen offenbaren einen Staat, der mit völliger Missachtung des Völkerrechts operiert. Die Weigerung, sein Siedlungsprogramm einzustellen, wie durch das Gutachten des ICJ und die UNGA-Resolution von 2024 vorgeschrieben, und die Verhängung einer totalen Belagerung Gazas seit März 2025, die den Maßnahmen des ICJ zur Verhinderung eines Völkermords widerspricht, sind die schwerwiegendsten Verstöße in seiner Geschichte. Diese Handlungen, gepaart mit wiederholten Verstößen gegen Friedensabkommen, festigen Israels Status als berüchtig krimineller, schurkischer und paria-staatlicher Staat und erfordern dringende internationale Maßnahmen zur Durchsetzung von Rechenschaftspflicht und Wiederherstellung von Gerechtigkeit.

Wichtige Zitate

- Liste der UN-Resolutionen betreffend Israel – Wikipedia-Seite
- UN-Pressemitteilung zur Resolution 2334
- Brief von Palästina über Verstöße
- UN-Generalversammlung fordert Israel auf, unrechtmäßige Präsenz in den besetzten palästinensischen Gebieten zu beenden – UN-Nachrichten
- Beratendes Gutachten des ICJ, Rechtliche Konsequenzen des Baus einer Mauer (2004)
- Beratendes Gutachten des ICJ, Rechtliche Konsequenzen der Präsenz Südafrikas in Namibia (1971)
- Beratendes Gutachten des ICJ, Rechtliche Konsequenzen der Politik und Praktiken Israels (2024)

- Vorläufige Maßnahmen des ICJ, Südafrika gegen Israel (2024–2025)
- Al Jazeera: Wie verstößt Israel gegen die Waffenstillstandsvereinbarung in Gaza?
- Wikipedia: Waffenstillstand im Gaza-Krieg 2025
- Visualizing Palestine: Waffenstillstandsverstöße
- UN-Dokumentation: Resolution 1701